

Freiwilliger Wehrdienst

Seit Monaten sorgt Verteidigungsminister zu Guttenberg für immer neue Irritationen im Zusammenhang mit der Bundeswehr. Zuerst hat er sich mit der Verkürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate über den Rat aller Experten hinweggesetzt und ein organisatorisches Chaos in der Truppe ausgelöst. Nun präsentiert er fünf Reformmodelle, die diesen Namen nicht verdienen.

Wir erwarten von einem Verteidigungsminister eine Reform aus einem Guss. Schließlich ist es seine wichtigste Aufgabe, die äußere Sicherheit zu gewährleisten und dafür das notwendige Personal und die Ausrüstung vorzuhalten. Zu Guttenberg verfolgt dagegen eine Sicherheitspolitik nach Kassenlage ohne sicherheitspolitisches Konzept.

Die notwendige Verkleinerung der Bundeswehr hat zwangsläufig weitreichende Konsequenzen für die Zukunft von Wehr- und Zivildienst. Die Allgemeine Wehrpflicht hat sich als Garant für die Verankerung der Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft über viele Jahrzehnte bewährt. Sie ist aber über die immer geringere Zahl an benötigten Wehrpflichtigen stark unter Legitimierungsdruck geraten. Heute werden nur noch 16 Prozent eines Jahrganges eingezogen. Mit einer weiteren Reduzierung wird sich das Problem der Wehrgerechtigkeit weiter verschärfen.

Die SPD hat schon bei ihrem Hamburger Parteitag 2007 beschlossen, einen freiwilligen Wehrdienst einzuführen und zugleich die freiwilligen sozialen Dienste zu stärken. Damit gehen wir einen wichtigen Schritt zur Stärkung unserer Bürgergesellschaft. Wir setzen auf junge Menschen, die freiwillig und aus in-

„Wir setzen auf junge Menschen, die freiwillig Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen.“



Rainer Arnold, Bundestagsabgeordneter der SPD und Obmann der Partei im Verteidigungsausschuss des Bundestages.

nerer Überzeugung Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen.

Nun favorisiert zu Guttenberg die Idee der SPD, einen freiwilligen Grundwehrdienst einzuführen. Allerdings stellen wir uns einen anderen Umfang vor. 7500 Freiwillige im Jahr sind bei weitem nicht genug, um ausreichend qualifizierten Nachwuchs für die Bundeswehr finden zu können. Nach unseren durchgerechneten Plänen sind 20 000 bis 30 000 Freiwillige erforderlich. Das Prinzip der Freiwilligkeit darf kein symbolischer Beitrag sein.

In der Geschichte der Bundesrepublik wurde bei grundlegenden Weichenstellungen in der Sicherheitspolitik ein breiter gesellschaftlicher Konsens gesucht. Minister zu Guttenberg will anscheinend mit dieser Tradition brechen. Er betrachtet die anstehende Wehrdienstreform als technisch administrative Aufgabe. Er vergibt damit die große Chance, einen von einer breiten Mehrheit getragenen Paradigmenwechsel von der Allgemeinen Wehrpflicht hin zur Freiwilligkeit vorzunehmen.

Rainer Arnold